

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Fabian Falter

Waffen „verschwunden“

John Sopko ist US-Generalinspekteur für den Wiederaufbau Afghanistans und um seinen Job nicht zu beneiden: Er deckt auf, was beim Wiederaufbau schiefgelaufen ist. Nach Berichten über fehlgeleitete Entwicklungsgelder oder falsch geplante Bauvorhaben befasste er sich in einem am 28. Juli 2014 veröffentlichten Bericht mit den Waffenlieferungen der USA nach Afghanistan. Bei der Überprüfung der Waffenarsenale und Ausrüstungen sowie der Datenbanken zu den Lieferungen kam heraus, dass Hunderttausende Waffen falsch oder gar nicht registriert waren, die Ausgaben nicht dokumentiert wurden oder die Waffen schlicht nicht mehr an ihrem Platz sind. Seit 2004 wurden aus den USA insgesamt knapp 750.000 Waffen und Ausrüstungsgegenstände im Gesamtwert von etwa 470 Millionen Euro nach Afghanistan geliefert.

Hashmat Karzai ermordet

Hashmat Khalil Karzai, einflussreicher Politiker in der Provinz Kandahar und Cousin des noch amtierenden Präsidenten Hamid Karzai, ist am 29. Juli 2014, dem zweiten Tag der Feierlichkeiten zu *Eid al-Fitr* (Fest des Fastenbrechens), von einem Selbstmordattentäter in seinem Haus ermordet worden. Über die möglichen Hintergründe wurde wild spekuliert; sie reichen von privaten Fehden über Intrigen in der Präsidentenfamilie bis hin zu einem Taliban-Anschlag. Zuvor waren schon die Wochen des Fastenmonats Ramadan von etlichen Anschlägen überschattet gewesen. Am heftigsten traf es Orgun in Ost-Afghanistan: Dort starben bei einem Selbstmordattentat mindestens 89 Menschen.

Warten auf den Präsidenten

Beim ersten Wahlgang am 5. April 2014 hatte es noch nach einem Aufbruch Afghanistans in eine goldene demokratische Zukunft ausgesehen: eine hohe Wahlbeteiligung, weniger Zwischenfälle als befürchtet und die friedliche Übergabe der Macht von Präsident Karzai an seinen Nachfolger. Seit der Stichwahl am 14. Juni scheint es jedoch, als halte das ganze Land die Luft an. Zwischen den Kontrahenten Abdullah Abdullah, der vor allem die ethnischen Minderheiten repräsentiert, und Ashraf Ghani, der als Vertreter der Paschtunen gilt, ist eine Pattsituation entstanden, die nicht nur die Politik lähmt. Während Abdullah die erste Runde gewonnen hatte, lag nach der Stichwahl auf einmal Ghani klar vorne. Sofort war von

Manipulationen die Rede. Nach der Vermittlung von US-Außenminister Kerry wurde eine Regierung der nationalen Einheit beschlossen, in der der Wahlverlierer einen besonderen Posten bekommen soll – eigentlich ein Verstoß gegen die Verfassung. Bis Redaktionsschluss (12. September 2014) wurde noch immer kein amtliches Endergebnis präsentiert, und in der Bevölkerung schwindet das Vertrauen in die Politiker. Da keiner weiß, wie der Machtkampf ausgehen wird und ob das Land nicht doch wieder in einen Bürgerkrieg abgleitet, warten die meisten Afghanen ab: Es wird kaum noch investiert oder konsumiert. Für die zahlreichen Tagelöhner, die auf Baustellen ihr Geld verdienen, gibt es seit Wochen keine Arbeit. Außerdem wartet das Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Afghanistan, das auch die militärische Zusammenarbeit der anderen NATO-Staaten mit Afghanistan ab dem nächsten Jahr regeln soll, auf die Unterschrift des neuen Präsidenten.

Polizist zum Tod verurteilt

Der Polizist, der Anfang April 2014 die deutsche Fotografin Anja Niedrighaus erschossen hatte, ist in Kabul wegen Mordes und Amtsmissbrauchs zum Tode verurteilt worden. Das Gericht ging dabei nicht auf die Verteidigung ein, die argumentiert hatte, der Täter sei psychisch krank. Das Urteil kann noch angefochten werden und muss schließlich vom Präsidenten unterzeichnet werden.

Anschlag auf Flughafen Kabul

Der Flughafen in Kabul, zu dem auch ein großer NATO-Stützpunkt gehört, ist im Juli zwei Mal Angriffsziel von Aufständischen geworden. Zunächst wurde er am 3. Juli 2014 mit Raketen beschossen, mehrere Helikopter wurden zerstört oder beschädigt. Gut zwei Wochen später lieferten sich Sicherheitskräfte ein stundenlanges Feuergefecht mit Aufständischen, die eine Baustelle auf dem Gelände besetzt hatten.

Gefahr für Entwicklungshelfer

Dem globalen Trend folgend wird auch Afghanistan immer gefährlicher für aus- und inländische Entwicklungsfachkräfte. Laut der Koordinierungsstelle für humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen (*United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*, UNOCHA) hat die Zahl der bis Mitte 2014 in Afghanistan getöteten Entwicklungsfachkräfte bereits fast die Zahl des gesamten Vorjahres erreicht: 2013 verzeichnete die Organisation den Tod von 44

Entwicklungsfachkräften, im August dieses Jahres waren es bereits 37. Auch die Zahl der Entführungen stieg rapide an. Bis August 2014 ereigneten sich 114 Entführungen, im gesamten Vorjahr hatte es nur 77 Fälle gegeben.

Brennende Tanklaster

Viele werden sich wohl noch an die Bilder vom September 2009 erinnern, als der damalige Oberst Klein einen Luftangriff auf gestohlene Tanklaster nahe der Stadt Kundus anordnete. Taliban bekannten sich nun dazu, Anfang Juli 2014 über 400 wartende Tanklaster nahe Kabul in Brand gesetzt zu haben. Unterschiedlichen Berichten zufolge wurden zunächst einige Laster mit Raketen beschossen oder durch Bomben in Brand gesetzt, danach entstand eine Kettenreaktion.

Werden Kriegsverbrechen vertuscht?

Die politisch und militärisch Verantwortlichen des ISAF-Einsatzes sehen sich gerne als Befreier Afghanistans. Dass dabei Zivilisten ums Leben kommen, wird als unumgänglich angesehen, dafür aber eine Aufarbeitung dieser Fälle versprochen. Ob die US-Armee und die Bundeswehr diesem Versprechen tatsächlich nachkommen, wird inzwischen jedoch angezweifelt. Anfang Juli berichtete das ARD-Magazin Monitor über die 2010 nahe Kundus durchgeführte Bundeswehr-Operation *Halmazag* („Blitz“), der ersten offensiven Militäroperation seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Journalisten machten mehrere Familien von getöteten Zivilisten ausfindig, obwohl die Bundeswehr stets beteuert hatte, es habe keine zivilen Opfer gegeben. Zudem wurde von Mängeln bei der Aufarbeitung der Operation berichtet. Noch schwerwiegender sind die im August 2014 geäußerten Vorwürfe von *Amnesty International* gegen die US-Militärjustiz. Auch offensichtliche Hinweise auf Kriegsverbrechen seien nicht verfolgt, keine Entschädigungen gezahlt und niemand zur Verantwortung gezogen worden.

Taliban erobern Kundus

Ein Jahr nach dem Abzug der Bundeswehr aus Kundus machen sich dort die Taliban breit. Wie der Spiegel Ende August 2014 berichtete, belagern Aufständische die Stadt und haben bereits ihre Flaggen auf ehemaligen Bundeswehr-Camps gehisst. Die afghanischen Sicherheitskräfte, denen die Verantwortung für die Stadt und die Lager der Bundeswehr übergeben worden war, seien dem Ansturm kaum gewachsen.

Rätselraten um Entführung

Fünf afghanische Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sind Mitte August 2014 in der Provinz Herat entführt und eine Woche später wieder freige-

lassen worden. Nachdem Stammesälteste vermittelt hatten, habe es keine Lösegeldforderungen mehr gegeben. Die Entwicklungsfachkräfte des IKRK hatten Schafe an örtliche Dörfer geliefert, als sie von bewaffneten Angreifern gestoppt wurden.

US-Journalist ausgewiesen

Matthew Rosenberg, der Korrespondent der *New York Times* in Kabul, ist nach einem Artikel über die Bildung der „Regierung der nationalen Einheit“ Ende August 2014 vom Generalstaatsanwalt zur sofortigen Ausreise aufgefordert worden. Als Grund wurde angegeben, Rosenberg würde mit seinen Artikeln Zwietracht säen und die nationale Einheit gefährden.

„Ritter“ gegen „Drachen“

Ende August 2014 fand im Stadion von Kabul Afghanistans großes Cricket-Event, das *Shpageeza*-Turnier, statt. Eine Woche lang kämpften die Teams der fünf landesweit aktiven Cricket-Verbände in dem seit 2012 jährlich ausgetragenen Turnier um den Sieg. Dabei spielten regionale Talente und Spieler der Nationalmannschaft zusammen. Das Finale entschieden die Mes Aynak *Knights* gegen die Band-e-Amir *Dragons*.

US-Militär und der Abzug

Das US-Militär bildete mit Abstand das größte Kontingent der ISAF-Truppen und verfügte über eine umfangreiche Infrastruktur. Im Zuge des Abzuges bis zum Ende des Jahres 2014 wird diese nun schrittweise verringert. Im Juli und August wurde der tägliche Postservice in die einzelnen Camps eingestellt. Die Soldaten müssen sich nun mit E-Mails und unregelmäßigen Lieferungen begnügen. Zudem wird das Gefängnis in Parwan nahe Kabul aufgelöst. Die Häftlinge aus verschiedenen Staaten, die dort zum Teil jahrelang und geheim inhaftiert waren, werden in ihre Heimatländer überführt.

Safran statt Opium?

Afghanischer Safran ist berühmt, und die Nachfrage ist groß. Obwohl der Export 2013 um fast 70 Prozent gestiegen ist, ist Afghanistan nach Angaben der *Export Promotion Agency* nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Safran, dessen Marktpreis in Afghanistan derzeit zwischen 1100 und 1500 Euro pro Kilo liegt, wurde vor einigen Jahren als Mittel entdeckt, um den florierenden Opiumhandel einzudämmen. Die Investitionen der Regierung, die die Bauern zu einem Anbauwechsel motivieren sollen, seien bislang aber nicht ausreichend.